

Berliner Tageblatt



und Handels-Zeitung

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Wolff in Berlin.

Beschlußunfähigkeit der Nationalversammlung.

Sabotage durch die Rechtsparteien. — Die Regierungserklärung über den Ausnahmezustand.

Die Schlußsitzung.

E. D. Seite, am letzten Tage, geht es in der Nationalversammlung recht lebhaft zu. Die drei Regierungsparteien sind nunmehr, im Gegensatz zu gestern, zahlreich vertreten. Auch die Ministerbank ist vollbesetzt. Mit wenigen Ausnahmen sind alle Minister in ihrem Stab von Kommissaren erschienen. Der Beginn der Verhandlungen, der bereits auf 9½ Uhr festgesetzt war, verzögert sich etwas. Die sozialdemokratische Fraktion, die sich mit der kleinen Kabinetsfraktion beschäftigt, zieht sich etwas länger hinaus. Schließlich einigt man sich, geht einem Konflikt aus dem Wege und stimmt einer vorbereiteten Regierungserklärung zu, die die bisher einmalige Prüfung der Frage zusehrt, ob und wo der Ausnahmezustand in den fraglichen Teilen des Reiches gemindert oder aufgehoben werden kann.

Gegen 10 Uhr eröffnen die Glockenzeichen im Hause. Die Sitzung beginnt. Das Parlament der Abgeordneten fällt sich. So mancher von ihnen ist das letzte Mal an dieser Stelle, um dann in der Masse der politischen Zuschauer zu verschwinden. Zunächst muß das Parlament eine Reihe kleiner Anfragen über sich ergehen lassen, die, stereotyp an Regierungssitzung beantwortet, feinerliche Aufregung verursachen. Endlich, furchtbar, nach der ersten entscheidenden Moment. Präsident Fehrenbach erhebt sich und macht eine einladende Handbewegung zum Ministerstuhl. Aber nicht Hermann Müller, der sozialdemokratische Reichskanzler, sondern sein Vertreter, der demokratische Abgeordnete Koch, gibt die Erklärung ab: Rechts und links sind Gefahren für den ungeleiteten Verlauf der Wahlen. In Ost- und Bayern und im Ruhrgebiet sind die Verhältnisse besonders bedrohlich. Kurz, die Regierung sieht sich außerstande, den Ausnahmezustand abgemindert aufzuheben. Wer man wird nochmals unteruchen, wo er beseitigt oder wenigstens gemindert werden kann. Die Wahlbewegung soll auf alle Fälle ungeleitet verlaufen. Nur die Unabhängigen Sozialdemokraten nicht. Sie erklären sich für die Regierungsvorrichtung, sind Scheingründe. Warum hat sie niemals den Ausnahmezustand gegen die vorrechtstehende Seite formen dem Vorausforderungen angewendet? Die Unabhängigen stellen jedenfalls den Antrag, der Regierung den Vorwurf der unrichtigen Rechtsbewegung zu machen und ihr das Mißtrauen auszusprechen. Es heißt, daß die Mehrheitssozialisten bei der Frage bleiben und auch heute in derselben Frage mit den Unabhängigen zusammengehen werden. Aber im sozialistischen Reich führt dieser Wind kein Blattlein. Alles bleibt stumm ringsum. Der Antrag der Unabhängigen wird dem Bureau vorgelegt. Aber siehe, es fehlt eine von den erforderlichen fünfzig Unterfertigten. Ganz links rückt man ein wenig. Damit ist auch dieses Mißgeschick vorbei. Die Sozialdemokratie hat, nach der gestrigen kleinen Extratur, wieder Disziplin gehalten.

Eine neue Spannung tritt ein. Die dritte Lesung des vormaligen Entwurfs über die Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit soll vorgenommen werden. Vor der letzten Sitzung der Nationalversammlung mußte sie, wegen Beschlußunfähigkeit

des Hauses, vertagt werden. Wird sich heute dasselbe Schauspiel wiederholen? Wann man die große Schar der Abgeordneten überblickt: nein. Die dritte Lesung soll beginnen. Der deutsche nationale Abgeordnete v. Graefe stellt den Antrag, in Konsequenz der früheren Haltung seiner Partei den Gegenstand von der Tagesordnung abzulesen, das heißt unter den Tisch fallen zu lassen. Unruhe. Der Präsident zuckt die Achseln. Der Mehrheitssozialist Lohse beantragt namentliche Abstimmung über den deutschen nationalen Antrag. Nun wird man so sehen. Da verlassen die beiden Rechtsparteien, die deutschnationalen sowohl wie die deutschen Volksparteier den Saal, um das Haus künftig beschlußunfähig zu machen. Sie verlassen, indem sie Obstruktion treiben, noch im letzten Augenblick die Arbeit des Parlamentes zu sabotieren. Die dreißig Marxisten, die jedem Abgeordneten abgelesen werden, wenn er bei einer namentlichen Abstimmung fehlt, riskieren sie.

Die Abstimmung folgt. Die Zetelnummer geben durch die Reihen des Parquets. Jetzt zählt das Bureau die Stimmen, die keinen roten und weißen Zettel. Drei zurückgeliebene Stimmen der Rechtsparteien (8 x 20 = 90 Marx) stimmen für den Antrag Graefe, 208 dagegen. Das Haus ist also, muß der Präsident, leicht feutzend, feststellen, beschlußfähig, da eine einzige Stimme fehlt. Bei der Verhandlung des Resultats treten die Abgeordneten der Rechtsparteien lächelnd, als wäre nichts geschehen, wieder in den Saal. Ihr Anschlag auf die Nationalversammlung ist gelungen. Sie haben die parlamentarische Arbeit des Hauses, noch eine halbe Minute vor zwölf, lahmgelegt. Ein trotziger Rechtsputsch. Die Nationalversammlung der Frankfurter Paulistkirche mußte vor der Reaktion weichen, und der nach Stuttgart geschickte Lohse wurde schließlich von den Parlamenten der Reaktionsäre auseinandergetrieben. 71 Jahre später wirkte der Kapp-Putsch. Aber dieser letzte, an sich sinnlose Schlag der Rechten gegen die Nationalversammlung führte zu einem Erfolg. Jetzt haben die Wähler die richtige Antwort darauf zu geben.

Kurz nach elf Uhr war der Schlußsatz zu Ende. Das Haus ging auseinander, wurde aber zu einem Spätag geladen, den eine halbe Stunde später eine Kundgebung des Reichspräsidenten Oberst an die sicherbende Nationalversammlung bilden sollte. Präsident Fehrenbach verließ sie. Ein Rückblick über die geleistete gewaltige gesetzgeberische Arbeit, die dem Wiederaufbau Deutschlands nach dem militärischen Zusammenbruch diente. Alles ist noch im Fluß. Bitters Rückblicke sind nicht ausgeschlossen. Damit den Bauarbeiten der neuen Republik! Aber, möcht Oberst, bleiben sie auch in der Zukunft, an der Schwelle des neuen Reichstages, auf dem Wege der Geschichtsbücher. Die äußerste Linke schießt. Die Mitte wendet sich dagegen. Aber die Werten einer leichten Erregung glätten sich sehr wieder. Am Schluß quitierten die Unabhängigen Sozialdemokraten die Kundgebung wiederum mit Zischen. Die Mehrheitsparteien applaudieren.

Nun kommt noch der Reichskanzler Hermann Müller zu Wort. Wiederum ein Rückblick und ein Appell an das Ausland, daß es sich nicht wieder aufgerichtetes Deutschland die wirtschaftliche und politische Gefährdung ganz Europas nicht möglich sei. Herr v. Bahr würdigt die Tätigkeit des Präsidenten und dankt ihm im Namen der Parteien. Fehrenbach erwidert ergriffen, wobei ein Abschiedswort dem aus dem parlamentarischen Leben scheidenden Abgeordneten v. Beyer und jendet den Deutsch-Oesterreichern einen Gruß.

Die letzte Sitzung ist beendet. Der Saal leert sich. Die Nationalversammlung ist gewesen.

Durch das ostdeutsche Abstimmungsgebiet.

Masuren und Ermeland.

Von (Kriegsdruckarbeiten.)

Dr. Paul Michaelis.

Allenstein, im Mai.

Nach der Entscheidung im nördlichen Schlesien richten sich die Blicke nach dem deutschen Osten. Wie steht es mit den ostdeutschen Bestimmungen? Eine an die große deutsche Presse aller Richtungen ergangene Einladung gab die willkommene Gelegenheit, frühere Beziehungen zu Land und Bewohnern wieder aufzutreiben, in Fühlung mit den leitenden Persönlichkeiten zu treten und so die nötigen Grundlagen für ein eigenes Urteil zu gewinnen. Die Fahrt begann in Ost und führte durch sämtliche Kreise des Regierungsbezirk Allenstein. Begünstigt von sonnigem Frühlingsernte, ließ sie die Schönheit der Landschaft in abwechslungsreichen Bildern erkennen. Das weilige Gelände mit seinen zahllosen größeren und kleineren Seen, die ausgedehnten Wälder und die in äppigem Grün sprießenden Felder geben dem südlichen Ostpreußen seinen reizvollen Charakter.

Der Krieg ist über das Abstimmungsgebiet hinweggebraut und hat seine Spuren bis zum heutigen Tage hinterlassen. Kaum eine größere Stadt, kaum ein Dorf, in demer nicht ein Teil der öffentlichen und privaten Gebäude in Schutz und Asche gelegt wurde. Gleich in Lyck sah man noch die Ruinen der in Brand geschossenen Kirche und zahlreiche Läden in den einzelnen Straßen. Und diese Einbrüche wiederholten sich von Tag zu Tag. Ingesamt sind im Regierungsbezirk Allenstein nicht weniger als 14 116 öffentliche und private Gebäude zerstört worden. Aber erfreulicherweise ist der Wiederaufbau, der schon im Jahre 1915 einsetzte, bereits weit gediehen. Bis Ende 1919 waren 9069 Gebäude wieder hergestellt und 215 weitere im Bau begriffen. Auch heute noch wird trotz der hohen Materialpreise und Löhne und der sonstigen Schwierigkeiten weiter gearbeitet, wenn auch eine gewisse Verzögerung in der Wiederherstellung unermesslich geworden ist. Neben Reich und Staat haben dabei auch zahlreiche deutsche Städte tatkräftig mitgewirkt. Es war eine besondere Freude, feststellen zu können, daß Ortelsburg, beim Rückzug der Russen in Brand geschossen, zum größten Teil schon wieder aufgebaut worden ist. Durch die Unterstützung Berlins, das die Patenschaft übernommen hatte, wurde der Wiederaufbau für das neue Schmalzland erworben, der Markt der Ortelsburg erschlossen und eben der Wack für ein Volkshaus gesichert. „Noch Kind und Kindeskind werden Berlin für die Unterstützung dankbar sein“, erklärte uns der Bürgermeister von Ortelsburg.

Schon die Teilnahme, die den Bewohnern Ostpreußens vom ganzen Reich während des Krieges gezeigt wurde, ist eigentlich als ein Beweis dafür anzusehen, daß die Bedeutung Ostpreußens vom deutschen Volk nicht unterschätzt wird. Man hört trotzdem immer wieder die Klage, daß die Ostpreußen vom übrigen Reich vergessen und verlassen seien. Es drückt sich darin die Enttäufung über den Ausgang des Krieges und über den Frieden von Versailles aus. Tatsächlich ist Ostpreußen dadurch in eine schwierige Lage gebracht worden. Durch den politischen Korridor vom Reich abgetrennt und auf sich selbst angewiesen, muß es die Isolierung in wirtschaftlicher wie politischer Beziehung schmerzlich empfinden. Deshalb ist man in Ostpreußen, und besonders im Abstimmungsgebiet, ganz besonders dankbar für jedes Zeichen tatkräftiger Teilnahme und Unterstützung. Aber mit Worten allein können die ostpreussischen Beschwerden nicht behoben werden. Ostpreußen hat gerade wegen seiner Isolierung schwere wirtschaftliche Sorgen, die beseitigt werden müssen, wenn es nicht verarmen soll. An eine Lösung vom Reich denkt die große Masse der Bevölkerung gewis nicht; was darüber von unerantwortlichen Personen an haltlosen Projekten ausgesprochen worden ist, das blieb ohne Wiederhall bei der großen Mehrzahl der Bewohner. Aber Ostpreußen beansprucht eine Rückficht auf seine besonderen Verhältnisse. Und diese Wünsche können nicht mit einer Handbewegung abgetan werden. Der jetzige Oberpräsident Siehr, ein aufrechter Demokrat, ist durchaus die geeignete Persönlichkeit, um in enger Fühlung mit Preußen und dem Reich die besonderen Lebensbedingungen seiner Provinz im Rahmen des Möglichen zur Geltung zu bringen. Man wird ihm dazu Erfolge wünschen und zugleich die Erwartung aussprechen müssen, daß es gelinzt, die Abschnürung durch den politischen Korridor, wenn nicht völlig aus der Welt zu schaffen, so doch derart zu modifizieren, daß ein ungehinderter Verkehr zwischen Ostpreußen und dem Reich wieder durchgeföhrt wird. Denn wie heute Polen im Korridor seine Macht handhabt, ist allerdings der notwendige Austausch zwischen Ostpreußen und dem Reich so gut wie völlig unterbunden.

Wie im nördlichen Schlesien, so überrascht auch im ostpreussischen Abstimmungsgebiet ein starker Heimatf. In Masuren ist er noch durch die bitteren Erfahrungen des Krieges verstärkt worden. Hier drangen die östlichen Horden wie vor Jahrhunderten die Tartaren zuerst ein, verbrannten die Hütten, führten das Vieh weg, verewaltigten die Frauen und Mädchen und verschleppten die Männer. Von der Erinnerung an diese furchtbare Zeit kommt man hier nicht los. Durch das ganze Land hört man das Masurenlied, das die Schönheit der Heimat preist, und immer wieder wird daneben das alte deutsche Lied gefungen: „Ich hab' mich ergeben, mit Herz und mit Hand, dir Land voll Lieb und Leben, mein deutsches Vaterland.“ Denn als Vaterland kommt für den Masuren nur Deutschland in Betracht. Gerade unter den Masuren gibt es niemanden, der politisch fähste und unter politischer Herrschaft stehen wollte. Wir wohnen in Ost einem Heimatfest des Masurenbundes bei, das von zweitaufend

Das neue Kabinett Ritti.

(Telegramm unseres Korrespondenten)

Rom, 20. Mai.

Laut einer Mitteilung des „Messaggero“ hat sich das neue Ministerium heute endgültig konstituiert. Ritti behält das Präsidium und Inneres, Scialoja übernimmt das Ministerium des Äußeren. Drei Katholiken und ein Radikaler treten neu in das Kabinett ein.

Paris, 21. Mai. (W. T. S.)

„Matin“ meldet aus Rom: Das Ministerium Ritti wird wahrscheinlich heute abend gebildet werden. „Messaggero“ veröffentlicht folgende voraussichtliche Liste, wobei noch der Minister für Post und Telegraphie fehlt. Vorkitz und Inneres: Ritti, Außenminister: Scialoja, Schatz: Schonger, Finanzen: Alessio, Justiz: Fera, Krieg: Bonomi, Marine: Segni, Offensivarbeiten: De Rada, Landwirtschaft: Bertini, Inneres: Torre, Wiedereroberte Gebiete: Micheli, Industrie: Ferraris. Wiesel und Bertini gehören der katholischen Volkspartei an, Fera den Radikalen.

Die italienische Kabinetskrisis hat diejenige Lösung gefunden, die von vornherein als nicht unwahrscheinlich in Rechnung zu stellen war. Die Kammer hatte, da sie noch nicht geneigt schien, zu einer Kombination Giolitti zurückzukehren, seine andere Persönlichkeit als Ritti, die imstande gewesen wäre, eine feste Regierungsmehrheit um sich zu fähren. Die Bemühungen des Reformsozialisten Bonomi scheiterten an dem Widerstand der das Junglein an der Wage bildenden katholischen Volkspartei. Diese trug ihm schon seine Mitgliebschaft an der früheren liberalen („freimaurerischen“) Stadterwaltung Roms nach. Ritti haben die Popolari nunmehr, trotzdem sie ihn selbst kürzen geföhren, gegen einige Konzeptionen an die sozialreformistische Programm ihre Unterstützung zugesagt und sich bereit erklärt, einige Portefeuilles zu übernehmen. So ist es Ritti gelungen, sein Kabinett auf eine breitere Basis zu stellen als vorher. Nur die radikalen Sozialisten und die Nationalisten bleiben in der Opposition. Man kann annehmen, daß die zustande gefommene Lösung in Italien

mit Befriedigung aufgenommen wird. Wahrscheinlich auch überall im Ausland, Frankreich ausgenommen, wo man während der Krisis dem Verbruch über Ritti äußere Possit in einer lärmenden Weise Luft gemacht hat, die die Italiener sehr verstimmt. Ritti gibt schon durch die Beibehaltung seines bisherigen Außenministers Scialoja zu erkennen, daß der Kurs der auswärtigen Politik keine Veränderung erfahren wird. Das gilt sowohl von der Verhandlung mit den Südslawen, über die nur in Kallansa sofort weiterverhandelt werden wird, als von der Stellungnahme zu den Ententeverhandlungen mit Deutschland und zu der Wiederaufbaufrage überhaupt.

Man kann erwarten, daß das Verlangen der italienischen Presse, Italien die ihm gebührende Rolle bei den Verhandlungen in Spa spielen zu lassen, nun seine Erfüllung finden wird. Vom deutschen Standpunkte und auch vom Standpunkte des allgemeinen Interesses kann man das nur begrüßen. Das hohe Verdienst, das sich Ritti durch seine tatkräftige Haltung um die Rückkehr zu einer wirksamen und ehelichen Verhandlungspolitik erworben hat, rechtfertigt die Hoffnung, daß der Einfluß seiner starken Persönlichkeit in dieser Richtung wirksam bleibt.

Zusammenstöße in Hamburg.

3 Tote, über 20 Verwundete.

(Telegramm unseres Korrespondenten)

Hamburg, 21. Mai.

Im Laufe des gestrigen Nachmittags kam es zwischen Arbeitlosen und der Sicherheitswehr zu blutigen Zusammenstößen, bei denen es weit über 20 Verwundete und drei Tote gab. Sechs Demonstranten wurden verhaftet. — Zurzeit findet in einem Lokal auf der Altonaer Grenze eine Verhandlung mit dem bekannten kommunistischen Agitator Dr. Lauffenberg statt. St. Pauli nimmt von verdächtigen Gestalten, die ebenfalls auf neue Instruktionen und damit verbundene Pflanzungsmaßnahmen rechnen. Es sind weitgehende Vorsichtsmaßnahmen getroffen. Der Verkehr wird sich zurzeit in äußerster Weise ab.